

Kurzprotokoll der 10. Beiratssitzung zum Geothermieprojekt Groß-Gerau

Ort:	Hotel zum Erker, Trebur
Datum / Zeit:	8. April 2015, 18:30 – 22:00 Uhr
Teilnehmende Beiräte: (stimmberechtigt)	Alexandra Auer (Bürgerinitiative ZukunftGG) Wolfgang Dörr (Bauernverband Trebur) Christine Grau (Bürgerinitiative ZukunftGG) Armin Hanus (BI Büttelborn 21) Jörg Hermann (Privatperson Nauheim) Reiner Koglbauer (AGHR) Alfred Kunert (NABU Trebur) Werner Muster (BUND Kreisverband GG) Bernd Petri (NABU Kreisverband GG) Elisabeth Schweikert (Atomausstieg GG) Elisabeth Strasser (Kreis GG) Andrea Wischwansky (Gemeinde Trebur)
Gäste Landwirtschaft	Ulrike Gärtner Jörg Hirsch Dr. Peter Hörner
ÜWG und Berater	Marc André Glöckner (ÜWG) Jürgen Schmidt (ÜWG) Florian Spath (ÜWG) Arne Buß (ÜWG) Dr. Achim Schubert (Erdwerk) René Stoyke (Erdwerk)
Externe Experte	Dr. Johann-Gerhard Fritsche (HLUG)
Moderation	Matthias Hostenstein (Stiftung Risiko-Dialog, Moderation) Dr. Lasse Wallquist (Stiftung Risiko-Dialog)

1. Einleitung

- Herr Holenstein als DialoGGeo-Moderator der Stiftung Risiko-Dialog begrüsst zur Sitzung. Er weist darauf hin, dass die Sitzung der Detailklärung von aktuellen Fragen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens dient. Besonders begrüsst er die anwesenden Gäste aus der Landwirtschaft.
- Der vom Beirat an der letzten Sitzung gewünschte unabhängige Experte konnte in Form von Herrn Dr. Fritsche des HLUG gefunden werden. Herr Holenstein dankt ihm für sein Engagement und seine Teilnahme. Herr Fritsche hat zu den bisher eingetroffenen Fragen der Beiräte Antworten zusammengestellt (siehe Folien im Anhang).

2. Fragen zum Grundwasser und Monitoring

- Die Bedeutung des Grundwasserschutzes wird von mehreren Anwesenden angemerkt. Thematisiert werden u.a. Fragen der Langzeitdichtigkeit der Bohrung, Stand der Technik von Verrohrungen, Rückbau von Bohrungen, Zusammensetzung der Spülung und Additive wie Bakterizide (Biozide) im Zement. Ebenso thematisiert wurden die Datenblätter der Hersteller chemischer Substanzen (z.B. die teilweise Selbsteinstufung der WGK durch die Hersteller selbst). Ferner zeigt ein Beiratsmitglied auf, dass mehrere Substanzen, die beim Bau sowie bei der Spülung eingesetzt werden sollen, wie z.B. ein Zement-Additiv, oder Zerfallsprodukte, toxisch und gesundheitsschädigend sind, bzw. sein können. Auch wird angemerkt, dass einzelne Substanzen als "eher unbedenklich" eingestuft werden, deren Zerfallsprodukte hingegen nicht. Wechselwirkungen der eingesetzten Substanzen sind nicht alle untersucht oder bekannt. Das HLUG wird dies erneut prüfen.
- Einige Landwirte merken an, dass sie dem Projekt kritisch gegenübersteht und es deshalb umso wichtiger ist, dessen Risiken und bestehende Bedenken ausführlich zu diskutieren.
- ÜWG und Berater erläutern die Funktionsweise und den Aufbau der beiden Tiefbohrungen. Dabei wird betont, dass die Bohrlöcher bis in eine Tiefe von ca. 100 m dreifach und bis 650 Meter doppelt verrohrt und abgedichtet sind, so dass die Wahrscheinlichkeit einer Undichtigkeit als gering eingestuft wird. Des Weiteren wird erörtert, dass der Beton, der die Verrohrung umgibt, direkten Kontakt zum Boden, bzw. Untergrund hat. Nach Einwänden (durch ein Beiratsmitglied) bezüglich der Verwendung von Bioziden, z.B. als Additive im Zement, wollen HLUG und ggf. andere Behörden auch diesen Sachverhalt erneut prüfen.
- Das Thema Grundwasserschutz wird sehr ernst genommen und ÜWG sichert zu, dass zwei Grundwassermessstellen eingerichtet werden und die Daten aus dem Monitoring des Grundwassers verfügbar sein werden – entweder bei ÜWG vor Ort oder via Internet.

- Das HLUG betont, dass man dem Thema Grundwasserschutz einen hohen Stellenwert beimisst. Es wird noch ein Monitoringprogramm erarbeitet und die Messintervalle festgelegt, so dass die Messungen häufiger als monatlich erfolgen werden. Aus dem Beirat wird angeregt, eine Karte zu erstellen, die alle Messstellen nebst den erfassten Messwerten und Messintervallen aufzeigt. ÜWG verweist auf die bereits bestehende Übersicht aktueller Messstellen und prüft das Anliegen.
- Der Boden- und Beregnungsverband Astheim Trebur hat ohne Zusammenhang mit dem diskutierten Geothermieprojekt beantragt, u.a. die Grundwasserentnahmemengen zu erhöhen. ÜWG fragt, welche Auswirkungen die Erhöhung der Entnahmemenge auf den Grundwasserpegel hat und schlägt vor, zu prüfen, ob die geplanten Grundwassermessungen nicht Synergien zur Überwachung des Grundwasserspiegels böten.
- Das HLUG berichtet weiter von der bereits erfolgten Messungen des Radongehalts im Boden vor Ort. Diese zeigen keine unerwarteten oder kritischen Resultate. Es ist vorgesehen, diese Messungen im Verlauf des Projekts zu wiederholen.
- Die Stiftung Risiko-Dialog weist darauf hin, dass ÜWG aktuell ihre Antworten zu den 31 Forderungen des Beirats unter <http://www.geothermie-trebur.de/buergerdialog/forderungen-geothermie-beirat> publiziert hat (auch zu den Themen Grundwasserschutz, Monitoring, Radon etc.)

3. Fragen zu Stimulation und Fracking

- Eine Besorgnis der Gäste aus der Landwirtschaft besteht darin, dass aus dem Genehmigungsantrag nicht klar ersichtlich sei, welche Verfahren ÜWG genau einsetzen will. Dazu erfolgt eine intensive Diskussion, in welcher auch Missverständnisse geklärt werden können. Das HLUG erläutert den Unterschied zwischen: a) Fracking, b) hydraulische und c) chemische Stimulation bzw. Säuerung. ÜWG erklärt, dass sie lediglich die Säuerung beantragt hat und somit nur das Bohrloch spült und keine Drücke anwenden wird, die dem Aufsprengen des Gesteins dienen oder dazu führen. Das HLUG bestätigt die Aussagen von ÜWG, dass weder hydraulische Stimulation noch Fracking beantragt wurden. Die ÜWG betont erneut, dass man auch zukünftig keinesfalls jegliche Form von Fracking beantragen wird, selbst im Falle eines potentiellen Verlustes einer Bohrung. Die Beiratsmitglieder halten fest, dass es zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen kam und dass die Befürchtungen seitens der Landwirtschaft zum Einsatz von Fracking unbegründet sind.
- Nicht alle Beiräte sehen sich als „Freunde des Projekts“, aber alle sind sich einig, dass das gewählte Vorgehen zum Einbezug der Bevölkerung und Interessengruppen einmalig ist und viel zum Vertrauen beigetragen hat. Zudem haben sich die Beiräte in den letzten Jahren intensiv auch mit den Risiken auseinandergesetzt. Die wesentlichen Aspekte dazu sind in den Forderungen des Beirats dokumentiert. Bisher habe man von ÜWG auch immer recht befriedigende Antworten erhalten.

4. Varia

- Weitere spezifische Detailfragen bspw. zur Grundwasserhaltung werden von ÜWG zufriedenstellend beantwortet. Ebenso wird nochmals auf die Wichtigkeit einer kontinuierlichen Information der Öffentlichkeit hingewiesen. Aspekte zum Schadenmanagement resp. Versicherung werden in der nächsten Sitzung am 14. April 2015 gemeinsam mit dem Ombudsmann thematisiert.
- Träger öffentlicher Belange haben den Betriebsplan der ÜWG bereits vor einiger Zeit vom Regierungspräsidium zur Stellungnahme erhalten. Somit sind einige Mitglieder des Beirats über dieses Verfahren ad persona informiert worden, während andere diese Unterlagen nur bei ÜWG einsehen konnten. Der Beirat wünscht sich, dass künftig allen Beiräten vertraulich solche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. ÜWG sichert zu, über eine Lösung für das Problem nachzudenken.
- Die Stiftung Risiko-Dialog weist nochmals darauf hin, dass am 26. Mai 2015 eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfinden wird, in dem auch die Erfüllung der 31 Forderungen des Beirats und die Versicherungslösung/Ombudsperson thematisiert werden.